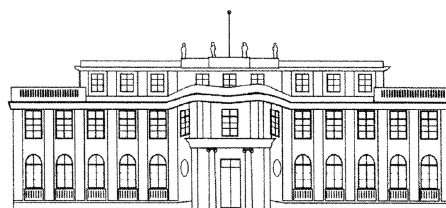


Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz



Teilnehmer an der Wannsee-Konferenz



Foto: IPN Warszawa

Dr. Josef Bühler
(1904 - 1948)

Staatssekretär
Regierung des Generalgouverneurs in Krakau

Bühler, seit Juni 1941 ständiger Stellvertreter des Generalgouverneurs Hans Frank, war in dieser Eigenschaft für alle Verbrechen an der polnischen Bevölkerung und den Massenmord an den Juden in Polen mitverantwortlich. Er drängte Heydrich auf der Wannsee-Konferenz mit der „Endlösung“ im Generalgouvernement zu beginnen, weil er hier keine „Transportprobleme“ sah. Weiter wünschte Bühler, „die Judenfrage in diesem Gebiet so schnell wie möglich zu lösen“. 1942 beteiligte sich Bühler an den Vorbereitungen für deutsche Siedlungen bei Lublin und an der Verschleppung von Polen zur Zwangsarbeit nach Deutschland.

Geboren in Waldsee (Württemberg) als Sohn eines Bäckers in einer katholischen Familie, Gymnasium, Studium der Rechte, 1932 Promotion zum Dr. jur., April 1933 Eintritt in die NSDAP. Als Oberstaatsanwalt Büroleiter beim Reichsminister ohne Geschäftsbereich Hans Frank. Dezember 1939 Chef des Amtes des Generalgouverneurs in Krakau, März 1940 dessen Staatssekretär. Januar 1945 Flucht aus Krakau. Im April 1946 Zeuge der Verteidigung von Hans Frank vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, danach Auslieferung an Polen. In Krakau im Juli 1948 zum Tode verurteilt und hingerichtet.



Foto: Bundesarchiv Berlin,
BDC

Adolf Eichmann

(1906 - 1962)

Reichssicherheitshauptamt (RSHA)
Leiter Referat IV B 4 ("Judenangelegenheiten und Räumungen")

Als Organisator der Deportationen spielte Eichmann eine zentrale Rolle beim Prozess der Ermordung der europäischen Juden. Seit Oktober 1934 im SD - Hauptamt Berlin im Referat II /112 („Judentum“) tätig, befasste er sich mit den Möglichkeiten zur Vertreibung der Juden aus Deutschland. Nach der Annexion Österreichs und dem deutschen Einmarsch in Böhmen und Mähren leitete Eichmann 1938/39 die „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ in Wien und Prag. Im Oktober 1939 beteiligte er sich an Planungen für ein „Judenreservat“ in Nisko am San (Polen). Ab Dezember 1939 war er Referent im RSHA, IV D 4 („Auswanderung und Räumung“), im März 1941 wurde er Leiter des Referats IV B 4 („Judenangelegenheiten und Räumungen“). Eichmann fertigte zur Wannsee-Konferenz das zusammenfassende Protokoll an. Von Oktober 1941 bis 1944 koordinierte sein Büro die Transporte und bestimmte die Zahl der Juden, die deportiert wurden. Ab März 1944 war er als Chef des „Sonderkommandos Eichmann“ in Budapest verantwortlich für die Verschleppung von über 437.000 Juden nach Auschwitz und in andere Konzentrations- und Vernichtungslager.

Geboren in Solingen als Sohn eines Buchhalters. Oberrealschule, Ingenieurausbildung abgebrochen, danach kaufmännische Lehre, von 1925 bis 1933 Verkäufer und Reisevertreter in Wien. April 1932 Eintritt in die NSDAP und SS, August 1933 Übersiedlung nach Deutschland. Von 1934 bis 1939 im SD, danach bis 1945 im Reichssicherheitshauptamt. Anfang Mai 1945 Tarnung als Luftwaffengefreiter; Gefangennahme und baldige Flucht. Unter falschem Namen Forstarbeiter bei Celle. 1950 Flucht über Österreich nach Italien und weiter nach Argentinien, wo er unter dem Namen Ricardo Klement in Buenos Aires lebte. Im Mai 1960 dort durch Angehörige des israelischen Geheimdienstes entführt. Im Dezember 1961 in Jerusalem zum Tode verurteilt und am 31. Mai 1962 hingerichtet.



Foto: Landesbildstelle Berlin

Dr. Roland Freisler

(1893 - 1945)

Staatssekretär
Reichsjustizministerium

Freisler vertrat auf der Wannsee-Konferenz jenes Ministerium, das vor allem seit den Nürnberger Gesetzen von 1935 die juristische Verfolgung der deutschen Juden geleitet hatte und die Entrechtung der jüdischen Opfer systematisch weiter betrieb. Freisler galt als „Garant nationalsozialistischer Gesinnung“. Im August 1942 wurde er zum Präsidenten des Volksgerichtshofes ernannt. In dieser Position fällten er und weitere Mitglieder der Senate tausende Todesurteile gegen politische Gegner.

Geboren in Celle als Sohn eines Diplomingenieurs, protestantisches reformiertes Elternhaus, Gymnasium in Aachen, 1912 Abitur, Studium der Rechte an der Universität Kiel, August 1914 Kriegsdienst als Fahnenjunker, später Leutnant, Oktober 1915 bis 1920 russische Kriegsgefangenschaft, Fortsetzung des Studiums in Jena. 1922 Promotion zum Dr. jur., ab 1924 Rechtsanwalt in Kassel und Stadtverordneter für den Völkisch-Sozialen Block. Juli 1925 Eintritt in die NSDAP. 1932 Abgeordneter im preußischen Landtag, als Ministerialdirektor in das Preußische Justizministerium berufen, ab Juni 1933 Staatssekretär, Mitglied des preußischen Staatsrates, Oktober 1933 Mitglied der Akademie für Deutsches Recht und Leiter ihrer Strafrechtsabteilung. April 1935 Staatssekretär im zusammengelegten Reichs- und Preußischen Justizministerium, zuständig u. a. für Personalfragen, Strafgesetzgebung und Strafvollzug. Umgekommen bei einem Luftangriff in Berlin am 3. Februar 1945.



Foto: Ullstein Bilderdienst

Reinhard Heydrich

(1904 - 1942)

Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
Chef der Sicherheitspolizei und des SD
Amtierender Reichsprotector in Böhmen und Mähren

Heydrich war seit 1938 eine Schlüsselfigur bei der Vertreibung und Vernichtung der Juden in Europa. Seit der Annexion Österreichs hatte sich der SD durch die Organisation der Zwangsauswanderung hervorgetan. Nach dem Novemberpogrom 1938 ließ Heydrich 26.000 Juden in Deutschland in Konzentrationslagern inhaftieren. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1.9.1939 ordnete Heydrich die Gettoisierung der Juden und die Einrichtung von Ältestenräten in allen jüdischen Gemeinden in Polen an. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion befahl er zunächst den Einsatzgruppen, kommunistische Funktionäre und Juden im wehrfähigen Alter zu exekutieren. Mit seiner Weisung gingen die Einsatzgruppen danach bald zum systematischen Massenmord an der gesamten jüdischen Bevölkerung der besetzten sowjetischen Gebiete über. Ausgestattet mit einem von Göring unterzeichneten Ermächtigungsschreiben vom 31.7.1941 zur Durchführung der „Endlösung der Judenfrage“ plante Heydrich die Ermordung von 11 Millionen europäischer Juden.

Geboren in Halle a. d. Saale als Sohn eines Komponisten und Konservatoriumsdirektors. Katholisches Gymnasium, 1920 Freikorpskämpfer. 1922 Eintritt in die Reichsmarine, als Oberleutnant zur See 1931 wegen eines gebrochenen Eheversprechens in Unehren entlassen. 1931 Eintritt in die NSDAP und die SS. Im Juli 1932 von Himmler mit dem Aufbau und der Leitung des Sicherheitsdienstes (SD) beauftragt. April 1933 Leiter der Bayerischen Politischen Polizei, April 1934 Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin. Juni 1936 Chef der Sicherheitspolizei, September 1939 Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA). Am 27. Mai 1942 Attentat tschechischer Widerstandskämpfer auf Heydrich in Prag, am 4. Juni 1942 an den Folgen gestorben.



Foto: Bundesarchiv Berlin,
BDC

Otto Hofmann

(1896 - 1982)

Chef des SS-Rasse- und Siedlungshauptamts (RuSHA)

Als Hauptamtschef beteiligte sich Hofmann von 1940 bis 1943 an führender Stelle an der verbrecherischen Germanisierungspolitik auf dem Territorium Polens und der Sowjetunion. Er war verantwortlich für die „Rasseprüfung“, in deren Folge verschiedene ethnische Gruppen von ihrem Land vertrieben und durch Deutsche aus unterschiedlichen Ländern ersetzt wurden, für die Verschleppung polnischer Kinder nach Deutschland und für die SS-„Sippenpflege“. Auf der Wannsee-Konferenz forderte Hofmann mit Nachdruck die Sterilisierung der „Mischlinge“.

Geboren in Innsbruck als Sohn eines Kaufmanns. Volksschule, Gymnasium, August 1914 Kriegsfreiwilliger, März 1917 Leutnant. Juni 1917 russische Kriegsgefangenschaft, Flucht nach Deutschland, anschließend Pilotenausbildung. 1919 demobilisiert, 1920 bis 1925 im Weingroßhandel tätig, danach selbständiger Weinvertreter. April 1923 Eintritt in die NSDAP, April 1931 in die SS, seit 1933 hauptberuflicher SS-Führer. Im April 1943 Führer des SS-Oberabschnitts Südwest und Höherer SS- und Polizeiführer in Württemberg, Baden und im Elsass. Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis V (Südost). Im Prozess gegen das Rasse- und Siedlungshauptamt im März 1948 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu 25 Jahren Haft verurteilt, 1954 nach Begnadigung aus dem Zuchthaus Landsberg entlassen, danach kaufmännischer Angestellter in Württemberg, 1982 verstorben.



Foto: Bundesarchiv Berlin,
BDC

Dr. Gerhard Klopfer

(1905 - 1987)

Partei-Kanzlei der NSDAP
Ministerialdirektor

Klopfers Rolle im Prozess der „Endlösung“ ergab sich aus der zentralen Stellung der Parteikanzlei im Herrschaftssystem des Nationalsozialismus. Er gehörte zu den einflussreichen und bestinformierten Bürokraten des NS-Regimes. Als Leiter der Staatsrechtlichen Abteilung III in der Partei-Kanzlei der NSDAP und Stellvertreter Martin Bormanns war er zuständig für „Rasse- und Volkstumsfragen“, Wirtschaftspolitik, Zusammenarbeit mit dem RSHA und Grundsatzfragen der Besatzungspolitik. Im November 1942 beteiligte er sich als Staatssekretär an der weiteren Einschränkung der Rechte von in „Mischehen“ lebenden Juden.

Geboren in Schreibersdorf (Schlesien) als Sohn eines Landwirts. Gymnasium, 1923 Abitur, Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Jena und Breslau, 1927 Promotion zum Dr. jur., 1931 Amtsrichter in Düsseldorf. April 1933 Eintritt in NSDAP und SA. Ende 1933 Referent im Preußischen Landwirtschaftsministerium, 1934 im Geheimen Staatspolizeiamt. Im April 1935 zum Stab des „Stellvertreters des Führers“, Rudolf Hess. 1935 Eintritt in die SS, dort Hauptstellenleiter. 1938 als Ministerialrat mit der Enteignung jüdischer Unternehmen befasst. Im April 1945 Flucht aus Berlin, später interniert. Nach der Haftentlassung 1949 durch die Nürnberger Hauptspruchkammer für „minderbelastet“ erklärt. 1952 Helfer in Steuersachen, 1956 Rechtsanwalt in Ulm. Ein Ermittlungsverfahren wegen Teilnahme an der Wannsee-Konferenz durch die Staatsanwaltschaft Ulm wurde 1962 eingestellt, dort 1987 verstorben.



Wilhelm Kritzinger
(1890 - 1947)

Reichskanzlei
Ministerialdirektor

Foto: Persönlichkeiten der
Verwaltung,
Jeserich/Neuhaus (Hrsg.)

Kritzinger war nach dem Chef der Reichskanzlei, Lammers, der zweite Mann in dieser Position. Damit besaß er Kenntnis von allen antijüdischen Maßnahmen und war innerhalb der Reichskanzlei weitreichend selbst mit „Judenproblemen“ befasst. So beteiligte er sich im Jahre 1939/40 an der Erarbeitung der Verordnungen gegen „Volksschädlinge“ und an der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, der Grundlage für den Einzug des Vermögens der deutschen Juden vor deren Deportation. Als Staatssekretär beschäftigte er sich 1942/43 mit der Ausarbeitung von Verordnungen zur Rechtsmittelbeschränkung für Juden. Während der Vernehmungen nach 1945 räumte Kritzinger seine Teilnahme an der Wannsee-Konferenz ein, deren verbrecherischen Charakter er zugab.

Geboren als Sohn eines Pfarrers in Grünfier (Netzekreis). Gymnasium, Abitur 1908, Jurastudium, 1914-18 Fronteinsatz, zuletzt als Leutnant der Reserve. 1920/21 Rechtsanwaltspraxis und 1921 Assessorexamen, danach als Hilfsarbeiter im Reichsjustizministerium tätig. 1925/26 Landgerichtsrat im Preußischen Handelsministerium. 1926 wieder zum Reichsjustizministerium. 1.1.1938 Eintritt in die NSDAP. Februar 1938 Übertritt in die Reichskanzlei als Leiter der Abteilung B mit der Amtsbezeichnung eines Ministerialdirektors, Anfang 1942 Unterstaatssekretär und am Ende des gleichen Jahres Staatssekretär. April 1945 Flucht aus Berlin, im Mai 1945 Staatssekretär in der Regierung Dönitz in Flensburg, anschließend in Bruchsal interniert. Im April 1946 entlassen, im Dezember erneut inhaftiert. Wegen Krankheit Haftverschonung, 1947 verstorben.



Foto: Bundesarchiv Berlin,
BDC

Dr. Rudolf Lange

(1910 – 1945)

Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD (KdS)

Lange gehörte über Jahre hinweg zu den Gestapo-Beamten der „mittleren Ebene“, die das Funktionieren des Terrorapparates garantierten. Als unter dem Kommando Heydrichs die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD formiert wurden, um die Juden in der Sowjetunion zu ermorden, kam auch Lange zum Einsatz. Als Leiter des Gruppenstabes der Einsatzgruppe A, die hinter der Wehrmacht in das Baltikum einrückte, führte er zeitweilig das Einsatzkommando 2, das bis Dezember 1941 etwa 60.000 lettische und nach Lettland deportierte Juden ermordete. Lange selbst kommandierte am Stadtrand Rigas Mordeinsätze. Auf der Wannsee-Konferenz war er der „erfahrene Praktiker“ der Massenexekutionen.

Geboren in Weisswasser als Sohn eines Reichsbahnbauinspektors. Jurastudium, 1933 Eintritt in die Gestapo Halle, Dr. jur. an der Universität in Jena, 1936 im Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin, 1937 Eintritt in die NSDAP und SS. 1938 bei der Gestapo in Wien, 1939 Gestapo Stuttgart, 1940 Leiter der Gestapo Weimar und Erfurt, September 1940 Vertreter des Leiters der Berliner Gestapo. Dezember 1941 Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lettland, ab Januar 1945 Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im „Warthegau“, Februar 1945 Selbstmord in Posen.



Foto: Bundesarchiv Berlin,
BDC

Dr. Georg Leibbrandt

(1899 - 1982)

Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
Ministerialdirektor

Von 1941 bis 1943 unterstanden Leibbrandt die Abteilungen Allgemeine Politik, Ukraine, Ostland, Kaukasus, Russland sowie Presse und Kultur. In dieser Funktion war er in hohem Maße in den Völkermord an den Juden einbezogen. Bereits im Oktober 1941 nahm Leibbrandt an einer Besprechung mit Heydrich teil, in der über die Einbeziehung aller Juden in das Vernichtungsprogramm beraten wurde. Zwei Tage nach der Wannsee-Konferenz lud er zu einer Dienstbesprechung über die Definition des Begriffs „Jude“ in den „Ostgebieten“ ein.

Geboren in Hoffnungsthal bei Odessa, Gymnasium in Dorpat und Odessa. Flucht nach Berlin, ab 1920 Studium der Theologie, Philosophie und Volkswirtschaft in Tübingen und Leipzig, Studienreisen nach Paris, London, in die UdSSR und USA. 1927 Promotion zum Dr. phil. 1933 Eintritt in die NSDAP. Im Außenpolitischen Amt der NSDAP Leiter der Ostabteilung. Danach zuständig für antikommunistische und antisowjetische Propaganda. 1938 Beisitzer am Volksgerichtshof, Juli 1941 Leiter der Hauptabteilung I (Politik) im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete. Im Sommer 1943 Meldung zum Dienst in der Kriegsmarine. 1945 Internierung, 1949 aus der Haft entlassen, Januar 1950 Voruntersuchung durch das Landgericht Nürnberg-Fürth, eingestellt im August 1950, ohne weitere Verfolgung 1982 verstorben.



Foto: Bundesarchiv Berlin,
BDC

Martin Luther

(1895 - 1945)

Unterstaatssekretär
Auswärtiges Amt

Luther war von 1940 bis 1943 als Leiter der Abteilung D (Deutschland) verantwortlich für die Zusammenarbeit mit Himmler und dem Reichssicherheitshauptamt sowie für das Ressort D III ("Judenfrage, Rassenpolitik; Information der Auslandsvertretungen über wichtige innenpolitische Vorgänge"). Durch seine intensive Zusammenarbeit mit dem Reichssicherheitshauptamt, und hier insbesondere mit der Dienststelle Adolf Eichmanns, machte Luther die Abteilung D zu einer der beteiligten Behörden der "Endlösung". In der Folge bestand der Beitrag des Auswärtigen Amtes zum Völkermord vor allem darin, die Deportationen aus besetzten und befreundeten Ländern diplomatisch vorzubereiten und abzusichern. Auf der Wannsee-Konferenz empfahl Luther, nordische Länder in Anbetracht geringer "Juden Zahlen" und zu erwartender Schwierigkeiten vorerst zurückzustellen und sich auf den Südosten und Westen Europas zu konzentrieren.

Geboren in Berlin, ohne höheren Schulabschluss, 1914 Kriegsfreiwilliger, 1918 Leutnant, anschließend Möbelspediteur. März 1932 Eintritt in die NSDAP, 1933/34 Leiter der Wirtschaftsberatungsstelle in Berlin, 1936 Leiter der Parteiberatungsstelle beim Beauftragten der NSDAP für außen-politische Fragen, Joachim von Ribbentrop. Nach dessen Ernennung zum Außenminister 1938 Leiter des Sonderreferats NSDAP im Auswärtigen Amt. 1941 Ministerialdirektor mit der Amtsbezeichnung „Unterstaatssekretär“. Wegen des Versuchs, Ribbentrop zu stürzen, am 16. Februar 1943 entlassen und in das KZ Sachsenhausen als „privilegierter Schutzhäftling“ inhaftiert. Von der Roten Armee befreit, stirbt Luther einen Monat später in Berlin.



Foto: Bundesarchiv Berlin,
BDC

Dr. Alfred Meyer

(1891 - 1945)

Staatssekretär
Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete

Als Stellvertreter des Ministers Alfred Rosenberg war Meyer vom Sommer 1941 bis November 1942 verantwortlich für die drei Hauptabteilungen Politik, Verwaltung und Wirtschaft. In dieser Eigenschaft beteiligte er sich an der Ausbeutung und Plünderung der besetzten sowjetischen Gebiete, der Unterdrückung und Ermordung ihrer Bewohner, besonders der jüdischen Bevölkerung. Zur Wannsee-Konferenz war Meyer eingeladen worden, weil im Verwaltungsgebiet seines Ministeriums der Völkermord an den Juden durch die Einsatzgruppen bereits begonnen hatte. In Wannsee forderte Meyer „gewisse vorbereitende Arbeiten“ jeweils an Ort und Stelle durchzuführen, ohne jedoch die Bevölkerung zu beunruhigen. Im Juli 1942 schlug er vor, in der Sowjetunion gegen „Mischlinge“ dieselben Maßnahmen wie gegen Juden zu treffen.

In einem evangelischen Elternhaus in Göttingen als Sohn eines Regierungs- und Baurates geboren. 1911 Abitur am Gymnasium in Soest, 1912 Fahnenjunker, 1914 Kompanie-, später Bataillonschef. 1917 französische Kriegsgefangenschaft, 1920 als Hauptmann entlassen. Kaufmännischer Angestellter und Studium der Rechts- und Staatswissenschaften sowie der Nationalökonomie, 1922 Promotion zum Dr. rer. pol., 1923 bis 1930 juristischer Referent auf einer Gelsenkirchener Zeche. 1928 Eintritt in die NSDAP und Ortsgruppenleiter, 1929/30 Leiter des Bezirks Emscher-Lippe. September 1930 Mitglied des Reichstages, 1931 NSDAP-Gauleiter in Westfalen-Nord. Mai 1933 Reichsstatthalter von Lippe und Schaumburg-Lippe, 1936 Führer der lippischen Landesregierung. 1938 Oberpräsident der Provinz Westfalen und SA-Obergruppenführer. Ab November 1942 Reichsverteidigungskommissar Westfalen-Nord. Im Mai 1945 Selbstmord.



Foto: Bundesarchiv Berlin,
BDC

Heinrich Müller
(1900 – verschollen 1945)

Reichssicherheitshauptamt (RSHA)
Chef Amt IV Gestapo

Als Leiter der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) war Müller an nahezu allen Verbrechen, die im RSHA geplant, vorbereitet und organisiert wurden, insbesondere am Völkermord an den europäischen Juden, führend beteiligt. Seit Anfang September 1939 gab er Anweisungen zur „Sonderbehandlung“ (Ermordung) politischer Gegner. Ihm unterstand auch das von Eichmann geleitete so genannte „Judenreferat“. Über den Genozid an den Juden in der Sowjetunion war er bis in alle Einzelheiten involviert. Müller formulierte in Heydrichs Auftrag Befehle an die Einsatzgruppen und war für die Abfassung der „Ereignismeldungen“ zuständig, zu denen die Berichte der Einsatzgruppen zusammengefasst wurden. Müller gehörte zu den mächtigsten Schreibtischtälern des NS-Regimes überhaupt.

Geboren in München in einer katholischen Familie, Vater Gendarmeriebeamter. Volks- und Mittelschule, Flugzeugmonteurlehre, 1917 Kriegsfreiwilliger, 1919 als Unteroffizier entlassen. Danach bei der Polizeidirektion München. 1929 Polizeisekretär in der Münchner Politischen Polizei, Einsatz gegen kommunistische Organisationen. 1934 Eintritt in die SS, Versetzung zum Geheimen Staatspolizeiamt nach Berlin. 1936 stellvertretender Chef des Amtes Politische Polizei im Hauptamt Sicherheitspolizei, Ende 1938 Beitritt in die NSDAP. 1939 Geschäftsführer der Reichszentrale für jüdische Auswanderung, ab Oktober 1939 Chef des Amtes IV (Gestapo) des RSHA im Rang eines SS-Gruppenführers und Generalleutnants der Polizei. Seit Mai 1945 verschollen.



Foto: Bundesarchiv Berlin,
BDC

Erich Neumann

(1892 - 1951)

Staatssekretär
Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan

Schon im November 1938 war Neumann Teilnehmer einer Besprechung bei Göring über die "Arisierung der Wirtschaft" sowie die Kennzeichnung und Isolierung der Juden. Auf der Wannsee-Konferenz vertrat er die Ministerien für Wirtschaft, für Arbeit, für Finanzen, für Ernährung, für Verkehr sowie für Bewaffnung und Munition. Als Staatssekretär Görings wachte Neumann über die Interessen der kriegswirtschaftlichen Behörde und forderte, jüdische Arbeiter aus kriegswichtigen Betrieben vorerst nicht zu deportieren.

Geboren in Forst (Niederlausitz) in einer evangelischen Familie als Sohn eines Fabrikbesitzers. Gymnasium, Abitur, studierte Jura und Volkswirtschaft in Freiburg, in Leipzig und Halle. 1914-17 Kriegsdienst, zuletzt Oberleutnant. 1920 Regierungsassessor im Preußischen Innenministerium, danach beim Landratsamt Essen. 1923 Regierungsrat im Preußischen Handelsministerium. 1927 bis 1928 Landrat in Freystadt (Niederschlesien), danach als Ministerialrat erneut im Handelsministerium. September 1932 Ministerialdirektor im Preußischen Staatsministerium, zuständig für Verwaltungsreformen. Mai 1933 Eintritt in die NSDAP, August 1934 Eintritt in die SS. Ende 1935 im Preußischen Staatsministerium, Oktober 1936 im Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan, Hermann Göring. Ab Sommer 1938 Staatssekretär, ab 1941 stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Kontinentalen Erdöl AG zur Ausbeutung der Ölvorkommen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Ab August 1942 Generaldirektor des Deutschen Kalisyndikats GmbH, 1945 Internierung. Anfang 1948 wegen Krankheit entlassen, bald darauf gestorben.



Foto: Bundesarchiv Berlin,
BDC

Dr. Eberhard Schöngarth

(1903 - 1946)

Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS)

Als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD für das gesamte »Generalgouvernement« ab Februar 1941 war Schöngarth an allen Unterdrückungs- und Vernichtungsmaßnahmen gegen die polnische und jüdische Bevölkerung im besetzten Polen beteiligt. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion stellte er von Juli bis September 1941 ein Einsatzkommando z.b.V. in Ostgalizien auf, das mehr als 4.000 jüdische Männer erschoss. Unter den Teilnehmern an der Wannsee-Konferenz war er neben Lange der zweite »Praktiker« der Massenexekutionen.

Geboren in Leipzig als Sohn eines Bauführers. 1920 Freikorpskämpfer. 1922 Abitur und Eintritt in NSDAP und SA. 1922 bis 1924 Bankangestellter. 1924 rechts- und staatswissenschaftliches Studium in Leipzig, 1929 Promotion zum Dr. jur. Ab 1932 Gerichtsassessor an den Landgerichten in Magdeburg, Erfurt und Torgau. 1933 Eintritt in die SS. Ab November 1933 bei der Reichspostdirektion Erfurt. 1935 in der Presseabteilung des Geheimen Staatspolizeiamtes, ab Frühjahr 1936 Leiter der Staatspolizeistellen in Dortmund, Bielefeld und Münster. 1939 Oberregierungsrat und SS-Obersturmbannführer. Mai 1944 Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in den besetzten Niederlanden. Im Februar 1946 von einem britischen Militärgericht wegen der Erschießung eines Kriegsgefangenen zum Tode verurteilt und hingerichtet.



Foto: Ullstein Bilderdienst

Dr. Wilhelm Stuckart

(1902 - 1953)

Staatssekretär
Reichsministerium des Innern

Seit 1935 war Stuckart im Reichsministerium des Inneren mit der ihm unterstehenden Abteilung I („Verfassung, Gesetzgebung, Verwaltung“) an der Ausarbeitung aller grundlegenden Gesetze und Verordnungen gegen die im Deutschen Reich wohnenden Juden beteiligt, insbesondere am „Reichsbürgergesetz“ und dem „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ (Nürnberger Gesetze). 1940 beteiligte er sich an den Vorbereitungen, Juden die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen, 1941 erarbeitete er einen Vorschlag zur Kennzeichnung der Juden im Deutschen Reich. Auf der Wannsee-Konferenz schlug Stuckart die Zwangssterilisierung der „Mischlinge“ vor. Im April 1943 leitete er eine Staatssekretärskonferenz über die „Ahndung strafbarer Handlungen von Juden durch die Polizei“ (13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz).

Geboren in Wiesbaden als Sohn eines Bahnangestellten, christlich erzogen, Abitur, 1919 Freikorpskämpfer, ab 1922 Jurastudium in München und Frankfurt/Main. Dezember 1922 Eintritt in die NSDAP, 1928 Promotion zum Dr. jur., ab 1930 Amtsrichter, 1932 bis März 1933 Anwalt und Rechtsreferent der SA in Pommern. Juni 1933 Staatssekretär im Preußischen Wissenschaftsministerium, 1934 Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 1935 Staatssekretär im Reichsinnenministerium. 1936 Eintritt in die SS, 1944 SS-Obergruppenführer. Im Mai 1945 als Innenminister der Regierung Dönitz in Flensburg interniert. Im April 1949 im „Wilhelmstraßenprozess“ Verurteilung zu drei Jahren und zehn Monaten Gefängnis, die wegen der vorangegangenen Haft als verbüßt gelten. 1950 durch Spruchkammerverfahren als „Mitläufer“ eingestuft und 1952 zu 500 DM Geldstrafe verurteilt. Im November 1953 tödlich verunglückt.